Neue Freie Zeitung
Nr. 51/52 · Donnerstag, 17. Dezember 2020 € 0,80

Österreichische Post AG
WZ 02Z032978 W
Neue Freie Zeitung (NFZ), Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a,
A-1080 Wien · Tel.: 01 512 35 35 0 · Fax: 01 512 35 359
Retouren an NFZ, Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien

Schwarz-Grün verweigert Kampf gegen Islamismus!

Nach dem blutigen islamistischen Attentat in Wien haben Vorarlbergs Freiheitliche ein Paket zur Bekämpfung des radikalen Islam eingebracht. „Die schwarz-grüne Landesregierung hat unseren Antrag auf die lange Bank geschoben", kritisiert FPÖ-Landeschef Christof Bitschi. S. 13

Foto: FPÖ Vorarlberg

Polizeistaats-Methoden für die Zwangsimpfung?

ÖVP drängt auf Impfzwang und Grüne assistieren mit noch mehr Polizeibefugnissen S. 2/3

„Ich hoffe für Österreich auf ein rasches Ende dieser Koalition!"

Norbert Hofers Jahresrückblick und Ausblick auf 2021 im NFZ-Interview – S. 4/5

Foto: NFZ

PARLAMENT

Sinnlose Belastung

Die schwarz-grüne Erhöhung der NoVA ist ein unglaublicher Anschlag auf unsere Wirtschaft und unsere Familien, der am angeblichen umweltpolitischen Sinn völlig vorbeigeht, kritisiert FPÖ-Verkehrssprecher Christian Hafenecker die Bundesregierung. S. 6

AUSSENPOLITIK

Desaströser EU-Gipfel

Ausgerechnet der deutsche Ratsvorsitz öffnet den Brüsseler Zentralisten den Weg in die Schuldenunion. Nicht genug damit, droht mit der Bestätigung der Klimaziele auch ein Kahlschlag in der europäischen Industrie und der Verlust von Millionen Arbeitsplätzen. S. 8/9

IN EIGENER SACHE

Foto: NFZ

AUS DER REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

Er war natürlich „völlig unbeabsichtigt“, der Passus im neuen Corona-Maßnahmenpaket, wonach die Polizei sogar in den Schlafzimmern nach Corona-Sündern schnüffeln darf. Er ist „völlig unerklärlich hineingerutscht“ in den Gesetzestext.

Der arme Ralph Schallmeiner durfte als Gesundheitssprecher der Grünen den jüngsten Lapsus der feuchten Überwachungssehnsüchte der schwarz-grünen Koalition ausbügeln.

Wir schau‘n auf uns!

Wenn die Koalition bricht, werden sich die Kabarettbühnen um diesen Mann reißen. Sein Auftritt war einfach grenzgenial komisch – oder saublöd. Aber Letzteres wollen wir einem Volksvertreter doch nicht unterstellen.

Denn die FPÖ weiß aus eigener leidvoller Erfahrung, dass die ÖVP mit Textschablonen arbeitet, damit immer die richtige Phrase oder der richtige Gesetzestext sofort zur Hand ist.

Die Österreicher haben es nach neun Monaten satt, von überwachungsgeilen Politikern bevormundet und drangsaliert zu werden. Und das alles nur, weil es diese Herrschaften nicht schaffen, den gefährdeten Personenkreis, insbesondere die Menschen in Alten- und Pflegeheimen, richtig zu schützen.

Da knallt man den Medien lieber hunderte Millionen für Selbstbeweihräucherung in Form von Inseraten hin, mit dem Nebeneffekt einer guten Nachred‘.

Der schwarz-grüne Nervtöter „Schau auf dich, schau auf mich“ ist somit das selbsterklärende Bestechungseingeständnis.

2021 droht mit der Impf-Kampagne die ungezügelte Fortsetzung: „Prosit Pfizer!“

FPÖ verhindert erneut Über

Chaos in Schwarz-Grün: „Versehentliche“ Oster-Erlass-Wiederholung, neu

Im Trubel um die Verweigerung der Massentests durch die Österreicher versuchte Schwarz-Grün im Nationalrat Polizeistaats-Methoden herbeizuführen. Das konnte die Opposition noch einmal verhindern. Dafür gibt es nach Neujahr erneute Massentests. Und die ÖVP legt bereits die Schienen für einen Impfzwang ab Frühjahr.

Die von Schwarz-Grün geplante Erlaubnis, dass die Polizei künftig ohne konkreten Verdachts- oder Anlassfall auch in Privatwohnungen Corona-Kontrollen durchführen darf, konnte im letzten Moment durch den Druck der Oppositionsparteien gestoppt werden. Aber auch der „entschärfte“ Beschluss hat es noch in sich: Die Polizei kann künftig in Betriebsstätten, Arbeitsorten, Verkehrsmitteln oder anderen „bestimmten Orten“ kontrollieren.

Koalition will Totalüberwachung

„Damit hat die Bundesregierung die totale Überwachung durchgesetzt. George Orwell lässt grüßen. Die Menschen werden damit zu Untertanen degradiert “, kritisiert FPÖ-Bundesparteiobmann Norbert Hofer die als „Corona-Maßnahmen“ getarnten Schritte in den autoritären Überwachungsstaat.

Anscheinend wollte sich Schwarz-Grün damit an den Österreichern rächen, die sich nur in überschaubaren Mengen an den Massentests der letzten beiden Wochen beteiligt hatten. Anstelle der von ÖVP und Grünen erhofften 60 Prozent ließen sich gerade einmal ein Viertel (rund zwei Millionen) in den Teststraßen blicken.

„Kurz. Anschober & Co. haben 60 Millionen Euro für Null Erkenntnis zur Situation der Pandemie in Österreich zum Fenster hinausgeworfen“, bemerkte Hofer und verwies auf die steigende Skepsis der Österreicher gegenüber den Maßnahmen der Bundesregierung. Anstelle die Menschen zu weiteren Massentests vorzuladen, wäre es vernünftiger, in Altenwohn- und Pflegeheimen ein engmaschiges Testnetz zu installieren, forderte Hofer, denn 40 Prozent aller Corona-Todesfälle haben dort ihren Ursprung.

ÖVP droht mit Impfzwang

Aber davon wollen ÖVP und Grüne nichts wissen. Also soll der Test-Flop am ersten Neujahrswochenende wiederholt werden. Diesmal will man die Österreicher mit Gutscheinen in die Teststraßen locken. Und hilft das nichts, droht Schlimmeres: Der Bundeskanzler lässt bereits seine Landeshauptleute und den Staatsfunk ausrücken, um Stimmung für eine Zwangsimpfung zu machen. „Wenn Kanzler Kurz etwas daran liegt, dass ihm die Bürger noch irgendetwas glauben, muss er seine wildgewordenen Landespolitiker jetzt einbremsen“, forderte dazu FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl.

Foto: NFZ

Die Koalition muss beginnen, umzuden
gegen diese. Das fordern FPÖ-Bundes

Dem Verprassen von Steuergeld will die FPÖ Einhalt gebieten, und zwar dort, wo es die machtbesessenen Herrschaften der Volkspartei auch spüren, bei den Politikergehältern. Zur Not will die FPÖ das in einer Sondersitzung des Nationalrates beschlossen wissen, wenn ÖVP und Grüne keine Einsicht zeigen sollten.

Nulllohnrunde für Politiker

„Gerade jetzt vor Weihnachten sollten ÖVP und Grüne zur Besinnung kommen, Vernunft annehmen und die Erhöhung der Politikerga-

SPITZE FEDER Schwarz-grüne „Corona-Fighter“.

IMPRESSUM Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz
Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen, Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;

Geschäftsführung: Ing. Mag. Joachim Stampfer
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9

E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29

Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien

Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
Auslandsjahresbezug: € 73
BIC: OPSKATWW
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

wachungsgesetz!

ue Massentests und Vorbereitung auf Impfzwang

nken und den Kampf gegen das Coronavirus mit den Bürgern führen, statt sparteiobmann Norbert Hofer und Klubobmann Herbert Kickl.

gen zusammen mit der Opposition zurücknehmen“, betonte der freiheitliche Klubobmann.

Die Koalitionsparteien sollten sich, so Kickl, einmal in die Lage der Bevölkerung versetzen, zum Beispiel in die Lage von Unternehmern, die um ihre Existenz bangen müssen, oder all jener Menschen, die den Gürtel enger schnallen müssen, weil sie entweder keine Arbeit mehr haben oder in Kurzarbeit sind.

„Wir Freiheitliche helfen gerne nach und werden die Aussetzung der Erhöhung im Nationalrat beantragen. Wir geben damit der SPÖ Gelegenheit, nicht nur zu bellen, sondern auch zu beißen und die Regierungsparteien dazu zu bewegen, gemeinsam mit der Opposition eine solidarische Geste gegenüber den krisengebeutelten Österreichern umzusetzen“, kündigte Kickl an.

Für 2021 ist derzeit eine Erhöhung um 1,5 Prozent vorgesehen. Damit steigen die Bezüge der Nationalratsabgeordneten um 136 auf 9.228 Euro brutto pro Monat. Das Parlament könnte auf die Gehaltserhöhung verzichten und per Gesetz eine Nulllohnrunde festlegen.

KURZ UND BÜNDIG

Foto: NFZ

Vergessene Zulieferer

„Auch die unzähligen Zulieferbetriebe der Gastronomie und Hotellerie wie etwa Getränke-, Obst-, oder Gemüsehändler müssen rasch einen Umsatzersatz erhalten“ forderte FPÖ-Wirtschaftssprecher Erwin Angerer (Bild). Denn gerade diese Zulieferer, die von Gewerbebetrieben oder von der Gastronomie abhängig sind, erleiden derzeit massive Umsatzeinbrüche und hängen finanziell vollkommen in der Luft, denn sie bekommen derzeit gar nichts. Und Schwarz-Grün habe einen FPÖ-Antrag dafür einfach abgelehnt.

Keine Investition in den VKI

Damit der Verein für Konsumenteninformation seinen Aufgaben für die Konsumenten im erforderlichen Ausmaß auch nachkommen kann, bräuchte er Investitionen in Höhe von rund 500.000 Euro. „Minister Anschober hat ein Finanzierungsgesetz für 2021 versprochen und dieses jetzt gebrochen“, kritisierte der FPÖ-Abgeordnete Christian Ries (Bild). Denn Anschobers Finanzierungsgesetz ermögliche lediglich die Aufrechterhaltung des Betriebes, es berücksichtigt aber nicht den technischen Nachholbedarf des VKI.

Foto: FPÖ Burgenland

Foto: Parlamentsdirektion/Simonis

Neue Frauenarmut droht

Die aktuell vorliegende SORA-Studie bestätigt, dass erneut und nach wie vor Frauen die Hauptlast auch während des zweiten „Lockdown“ tragen. „Wir brauchen jetzt einen Krisenplan für Frauen. Es muss rasch gehandelt werden, denn jenen Frauen, die von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, droht der direkte Weg in die Armut“, erklärte FPÖ-Frauensprecherin Rosa Ecker (Bild). Wenn nicht rasch reagiert und endlich – wie von der FPÖ gefordert – die Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld erhöht wird, werde nicht nur der Anteil der Frauenarbeitslosigkeit steigen, sondern leider auch der Frauenarmut.

SPRUCH DER WOCHE

Foto: BK/Andy Wenzel

„Wenn wir ein coronafreies Österreich haben wollen, werden wir 70 Prozent der Bevölkerung impfen müssen.“

Gerry Foitik
13. Dezember 2020

Der Bundesrettungskommandant des Roten Kreuzes gibt der schwarz-grünen Koalition den Wahlspruch für die Zwangsimpfung im kommenden Jahr vor.

Foto: screenshot ORF III

BILD DER WOCHE Der „Corona-Test“ des FPÖ-Generalsekretärs mit Coca-Cola im Nationalrat ging rund um die ganze Welt.

„Es ist mein Ziel, mit der Partei im kommenden Jahr über die 20-Prozentmarke zu kommen.“

FPÖ-Bundesparteiobmann Norbert Hofer im NFZ-Jahresrückblick-Interview zum Zustand der Partei, der schwarz-grünen Koalition und Europas – und seine Erwartungen bzw- Befürchtungen für das kommende Jahr: „Es ist es mein Ziel, mit der Partei über die 20-Prozentmarke zu kommen. Dieses Ziel zu erreichen, macht mir weniger Sorgen als die Entwicklung Österreichs.“

Herr Bundesparteiobmann, hätte die Partei angesichts der aktuellen Entwicklungen doch nicht Koalitionsverhandlungen mit der ÖVP verweigern sollen? Denn die Grünen sind mit der Situation hoffnungslos überfordert, und die ÖVP macht, was sie will.

Hofer: Wir haben das nicht von uns aus ausgeschlossen. Wir haben gesagt, dass wir aufgrund des Wahlergebnisses nicht diejenigen sind, die in die Regierung drängen. Es war dann die Entscheidung der ÖVP, mit uns keine Koalitionsverhandlungen zu führen. Als sich eine Koalition mit den Grünen abzeichnete, habe ich die ÖVP aufgefordert, diesen Irrweg zu verlassen. Mit der FPÖ in der Regierung hätte Österreich die Corona-Krise besser gemeistert, da wir schneller reagiert und andere Maßnahmen ergriffen hätten.

Was hätte die FPÖ als Regierungspartner anders gemacht?

Hofer: Wir hätten die Menschen nicht aus dem öffentlichen Raum hinausgedrängt. Wir hätten ein öffentliches Leben, ein Wirtschaften, den Arbeitsmarkt und ein kulturelles Leben weiter möglich gemacht – unter Regeln. Damit hätte es auch diesen Schaden nicht gegeben. Und wir hätten sofort alles darangesetzt, um die Heeresspitäler zu reaktivieren. Wir wären in einer Regierung über den Sommer nicht untätig geblieben – so wie es die jetzige Regierung getan hat. Aus meiner Sicht trägt diese Regierung seit ihrem Bestehen den Keim des Scheiterns in sich.

Halten Sie es noch für möglich, dass die FPÖ oder die Opposition diese Regierung noch zu einem Kurswechsel bewegen kann? Denn die Grünen wollen – unbeabsichtigt oder nicht – immer mehr Kontrolle über die Bürger, und die ÖVP redet sowieso schon einem Impfzwang das Wort.

Hofer: Ich glaube, dass wir gegen den Impfzwang Druck aufbauen können. Es gibt – bis jetzt – nur sehr wenige, die für einen Impfzwang sind. Und dass man jetzt schon in den Raum stellt, Impfverweigerern Sozialleistungen zu kürzen, dass diese Geschäfte oder kulturelle Veranstaltungen nicht besuchen dürfen, dass es für sie Verwaltungsstrafen geben soll oder sie – wie in Salzburg angekündigt – nicht mehr im öffentlichen Dienst aufgenommen werden dürfen, das zeigt, wohin die Reise geht.

„Ich wünsche mir ein rasches Ende des sogenannten ‚besten aus zwei Welten‘, das in Wahrheit bereits längst ein ‚Krieg der Welten‘ ist.“

Weshalb glauben Sie, sind die Österreicher bezüglich der Impfung derart skeptisch - gerade ein Drittel ist derzeit bereit, sich impfen zu lassen?

Hofer: Das ist ein neuer Impfstoff, zu dem es wegen des politischen Drucks auf die Hersteller keine Langzeitstudien zu Nebenwirkungen gibt, die sogar von Experten befürchtet werden. Ich weiß als Pilot, dass Piloten nach einer Impfung 48 Stunden nicht fliegen dürfen. Aber nachdem es keine wissenschaftlich fundierten Belege zu Langzeitfolgen gibt, muss man jeden verstehen, der sagt: Dieses Risiko gehe ich für mich, meine Familie, meine Kinder nicht ein. Und genau dort werden wir den Druck auf die Regierung aufbauen, wenn sie den Weg des Impfzwangs gehen will, weil sich ihrem Aufruf zur freiwilligen Impfung zu wenige anschließen wollen. Wenn die Regierung dann den Weg der Zwangsimpfung gehen will, dann prophezeie ich, dass es den größten zivilen Ungehorsam und die größten Demonstrationen geben wird, die diese Zweite Republik je gesehen hat. Denn vom Impfzwang ist jeder persönlich betroffen und viel eher bereit, auf die Straßen zu gehen, als zu anderen Themen.

Könnten Sie sich vorstellen, diesen Druck über ein öffentliches Hearing zu dem Impfstoff aufzubauen, bei dem die Regierung und der Hersteller alles über den Impfstoff offenlegen müssen, für das die Hersteller ja – laut Vertrag mit der EU – keine Haftung übernehmen müssen?

Hofer: Das Problem ist, egal welche Publikationen man liest, dass kein Wissenschafter eine Auskunft über eventuelle Langzeitfolgen geben kann. Mit dieser Eilzulassung wurde jede fachlich fundierte Diskussion de facto verunmöglicht. Das nächste Problem ist dann, dass man damit eine Tür aufstößt für die Behandlung anderer Krankheiten. Dann heißt es plötzlich, die Gesunden und die Geimpften mit einem Gesundheitspass dürfen alles, aber die anderen werden wegesperrt. Ich befürchte diese Entwicklung, da jetzt schon einige ÖVP-Spitzen sagen, es muss diese Impfpflicht geben. Und ein Landeshauptmann Schützenhöfer sagt es offen heraus: Manche Menschen muss man zu ihrem Glück zwingen. Es gibt Systeme, die Menschen zu „ihrem Glück zwingen“, aber die nennt man Diktatur.

„Österreich muss mit jenen Staaten zusammenarbeiten, die ich als die „Kräfte der Vernunft“ bezeichnen möchte (...) An Deutschland, mit einer Frau Merkel an der Spitze, können wir uns nicht mehr orientieren.“

Wenn der Impfzwang kommen sollte, wie wollen Sie diesen zivilen Ungehorsam organisieren? Über einen Aufruf zum Impfboykott?

Hofer: Nein, kein Aufruf: Ihr sollt euch nicht impfen lassen. Das ist eine persönliche Entscheidung. Und ich bin mir sicher, dass die meisten Österreicher einem Impfzwang nicht Folge leisten werden. Wir werden an sie appellieren und sie dabei unterstützen, sich keinem Zwang zu unterwerfen.

Die Situation erinnert an jene 2015. Damals war die Regierung überfordert mit der Masseneinwanderung, jetzt ist es Schwarz-Grün mit der „Corona-Krise“. Die Staatsverschuldung galoppiert mit den „Corona-Hilfen“ in Richtung griechische Verhältnisse, ohne dass mit diesen Milliarden der Wirtschaft geholfen und der Anstieg der Arbeitslosigkeit gestoppt wird. Mit wem könnte die FPÖ diese Entwicklung stoppen, wenn die Partei bei den nächsten Wahlen als Koalitionsoption zur Verfügung steht?

Hofer: Es gibt für uns keine Koalitionspräferenz. In der Politik muss man gestalten wollen. Wir haben in der Regierung bewiesen, dass wir das können. Wir haben in dieser Zeit wesentlich mehr bewegt als die Regierungen davor. Aber die Zeiten haben sich geändert, und es hängt einzig davon ab, welche Mehrheiten die Wähler am Wahltag möglich machen. Ich will mir schon die Option offenhalten, mit allen Parteien zu verhandeln. Ich bin auch fest davon überzeugt, dass auch die SPÖ umdenken wird, ja umdenken wird müssen. Denn sonst wird sie immer nur einen Koalitionspartner haben. Und das ist jener Koalitionspartner, mit dem es besonders schwierig ist, die ÖVP.

Sie halten sich auch die Option einer Koalition mit der SPÖ offen?

Hofer: Man sollte so verhandeln, dass man auch eine Alternative hat und sich nicht von einem Partner erpressen lassen kann.

Rückblickend betrachtet hat Ihr Vorgänger im „Ibiza“-Video mit dem Meinungskauf bei der „Kronen Zeitung“ und den „Parteispenden“ das angeschnitten, was die ÖVP umgesetzt hat: Der Busenfreund des Kanzlers hat sich bei der „Krone“ eingekauft, und Parteispenden sind in erster Linie

Foto: NFZ

an die ÖVP geflossen. Aber den berühmten Scherm hat die FPÖ auf, die ÖVP scheint völlig unbeschadet davonzukommen. Weshalb?

Hofer: Unser Problem war nicht „Ibiza“. Wir waren trotz „Ibiza“ auf bestem Weg, zweitstärkste Partei bei der Nationalratswahl zu werden. Verhindert hat das dann die Spesenaffäre. Wir haben daraus die Lehre gezogen und sichergestellt, dass das nicht mehr passieren kann. Und wir werden die FPÖ auf gesunde finanzielle Beine stellen, damit wir jederzeit in einen Wahlkampf gehen können, ohne vom Wohlwollen der Banken abhängig zu sein. Denn das ist ja auch schon wieder eine Form der Abhängigkeit. Dazu brauchen wir keine Großspenden, sondern müssen nur vernünftig wirtschaften. Und dass wir das können, haben wir ja auch schon bewiesen.

In den Medien wird in regelmäßigen Abständen die Obmann-Frage gestellt, befeuert durch die „Aufgabenteilung der Doppelspitze“: der gemäßigte Norbert Hofer und der angriffige Klubobmann Herbert Kickl. Ist das ganze nur ein Verständnisproblem der Medien?

Hofer: Gemäßigt trifft auf mich zu, was die Wortwahl anbelangt. Das ist mein Naturell, und der Erfolg bei der Bundespräsidentenwahl war, dass ich mich nicht verstellt habe. Und man darf ja auch nicht vergessen, dass eine Basis für den Erfolg der Partei unser neues Parteiprogramm war, für das ich verantwortlich bin. Mein Stil ist es eben, in der Sache selbst sehr geradlinig zu sein. Das war auch in meiner Zeit als Regierungskoordinator notwendig, damit die „blaue Handschrift“ in der Regierungsarbeit zu erkennen war. Es ist nur gelungen, unsere freiheitlichen Positionen durchzusetzen, wenn man in der Koordinierung klug verhandelt. Und das ist durchaus gelungen. Manchmal sogar zu sehr, wie die Medien angemerkt haben.

Also wird diese „Differenz“ an der Wortwahl abgeleitet?

Hofer: Es gibt keine Differenz, inhaltlich. Jeder ist auf seine Art und Weise authentisch.

Wie sieht Ihr Ausblick auf das kommende Jahr aus, wohin sehen Sie die Partei und das Land sich entwickeln?

Hofer: Wenn man nach den Umfragen geht, ist es mein Ziel, mit der Partei über die 20-Prozent-Marke zu kommen. Dieses Ziel zu erreichen, macht mir weniger Sorgen als die Entwicklung Österreichs. Wenn dieses Regierungs-Chaos so weitergeht – und ich fürchte, das wird so weitergehen –, dann ist der Schaden für das Land wirtschaftlich riesengroß. Viele Betriebe werden einfach nicht mehr aufsperren. Wir wissen bereits, dass in den Bereichen Gastronomie und Kultur in den kommenden beiden Jahren rund ein Drittel der Betriebe zusperren wird. Im Schnitt wird es jeden zehnten Betrieb im Land treffen. Und jetzt kommt noch dazu, dass die EZB bei der Vergabe der Kredite „regelnd“ eingreifen und energieintensive Unternehmen „bestrafen“ will. Das heißt im Klartext, die Industrie wird vertrieben. Was bringt das, wenn man etwa die voest-alpine aus Oberösterreich vertreibt? Die Produktion und damit auch die Arbeitsplätze gehen dann nach China. Und weil dort die Umweltauflagen nicht so hoch sind, wird damit auch nicht das Klima „gerettet“. Es wird sehr lange dauern, bis sich unser Land von der „Arbeit“ dieser Regierung erholen wird.

Also Gefahr droht nicht nur von Innen, sondern auch von Außen, der EU?

Hofer: Der „Green Deal“ der EU samt dem Eintritt in die Schuldenunion mit dem „Wiederaufbaufonds“ und den Anleihenkäufen der EZB ist ein Pyramidenspiel, das in einem riesigen Crash enden wird. Daher ist es für mich wesentlich, dass Österreich – und das machen wir bereits als Partei – mit jenen Staaten zusammenarbeitet, die ich als die „Kräfte der Vernunft“ bezeichnen möchte. Das sind unsere mitteleuropäischen Nachbarn, insbesondere die Visegrad-Länder. An Deutschland, mit einer Frau Merkel an der Spitze, können wir uns nicht mehr orientieren.

Ihr persönlicher Wunsch für 2021?

Hofer: Die FPÖ mit mehr als 20 Prozent und ein rasches Ende des sogenannten „besten aus zwei Welten“, das in Wahrheit bereits ein „Krieg der Welten“ ist.

Foto: NFZ

HOHES HAUS

Norbert Nemeth
Klubdirektor der FPÖ

Die vergangene Plenarwoche war von einem Novum überschattet. Erstmals stand ein Antragsentwurf im Zentrum der Diskussion, der zwar nicht beschlossen wurde, aber für den keine der Koalitionsparteien die Verantwortung übernehmen wollte: Diese Änderung des Epidemiegesetzes hätte es der Polizei erlaubt, in unserem Wohnbereich herumzuschnüffeln.

Spieglein an der Wand ...

Es entwickelte sich eine heftige Debatte, die letztlich darin mündete, dass die Koalition auf die Einbringung verzichtete. Nicht, ohne dass die ÖVP den Grünen den Schwarzen Peter zugeschoben hat.

Wahr ist in diesem Zusammenhang, dass der Abänderungsantrag aus dem Gesundheitsministerium stammte. Dennoch wäre es falsch, von einem grünen Alleingang zu sprechen. Denn es ist undenkbar, dass ein Antrag an die Oppositionsparteien geschickt wird, der nicht den Sanktus beider Koalitionsparteien hat.

In der Praxis nennt man das den „Prozess der Spiegelung“. Der hat nichts mit der bösen Stiefmutter Schneewittchens zu tun, sondern bedeutet, dass an Regierungsvorlagen nur hinausgeht, was von allen Kabinetten und den beiden Regierungsparteien genehmigt ist. Ein Grund, warum ausgerechnet diese heikle Vorlage nicht gespiegelt war, ist nicht ansatzweise ersichtlich.

Das Ganze stellt sich somit als ein Vorgang dar, der typisch ist für eine Regierung, die zwischen chaotischer Arbeitsweise und verlorengegangener Gesprächsbasis taumelt. Weder das eine, noch das andere ist tauglich, die Herausforderungen des kommenden Jahres auch nur ansatzweise zu meistern.

INTEGRATIONSPOLITIK

VfGH erlaubt Unterdrückung

Foto: NFZ

FPÖ-Verfassungssprecherin Susanne Fürst kritisierte die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs zur Aufhebung des Kopftuchverbots an Volksschulen. Das Gericht habe auf Basis falscher Annahmen entschieden: „Wenn die Wahl lautet, Kopftuch zu tragen oder als unanständiges Mädchen zu gelten, bleibt nicht viel von freier Entscheidung über. Das ist echte Diskriminierung. Keiner anderen Religion wird zugestanden, Frauen in dieser Weise unterdrücken.“

BILDUNGSPOLITIK

Geld für Islamisten?

Im Zuge der Razzia gegen Muslimbrüder sind die Universitäten in Graz und Salzburg ins Gerede gekommen. SPÖ, Grüne und ÖVP haben einen FPÖ-Antrag abgelehnt, der die finanzielle Unterstützung für islamistisch-fundamentalistische Veranstaltungen an den Universitäten und Hochschulen verhindern sollte.

NoVA-Neu: Reine Abzocke, da umweltpolitisch sinnlos

Massive Mehrkosten für Familien und Kleinunternehmen

Gegen die vorgebliche „Ökologisierung“ der NoVA laufen auch die ÖVP-Wirtschaftsverbände Sturm. Denn sie ist eine reine Geldbeschaffungsmaßnahme der Bundesregierung.

„Die schwarz-grüne Erhöhung der Normverbrauchsabgabe (NoVA) ist ein unglaublicher Anschlag auf unsere Wirtschaft und unsere Familien, der am angeblichen umweltpolitischen Sinn völlig vorbei geht“, kritisierte FPÖ-Verkehrssprecher Christian Hafenecker.

Foto: NFZ

Hafenecker: „NoVA-Neu ist eine lupenreine Steuerabzockerei!“

Kostenexplosion ohne Sinn

Ein durchschnittlicher Kastenwagen, der in Österreich von Gewerbe- und Handwerksbetrieben genutzt wird, kostet derzeit 29.900 Euro. Bis ins Jahr 2024 wird der Preis mit der NoVA-Änderung auf knapp 43.400 Euro steigen, klassische Familienautos werden um bis zu 7.000 Euro teurer, sagte Hafenecker: „Ökologisch ist diese Maßnahme kontraproduktiv, weil die Bürger es sich nun dreimal überlegen werden, ein neues, umweltfreundlicheres Auto zu kaufen.“

ÖVP lässt unsere Polizeibeamten im Stich

3.474 tätliche Übergriffe gegen Polizisten, mehr als 2.000 verletzte Beamte und fast eine halbe Million Euro Schaden aufgrund von Sachbeschädigungen gegen polizeiliche Infrastruktur. Das ist die erschreckende Bilanz eines Jahres, wie aus der Beantwortung einer Anfrage von FPÖ-Sicherheitssprecher Hannes Amesbauer hervorgeht.

Foto: NFZ

„Die Polizei ist 365 Tage im Jahr und 24 Stunden am Tag für die Sicherheit in diesem Land da und sieht sich dabei immer wieder Übergriffen ausgesetzt. Diese Daten werden aber bundesweit leider nicht einheitlich und nicht vollständig erhoben“, kritisierte der freiheitliche Sicherheitssprecher. Ein entsprechender Entschließungsantrag, diese Statistiken transparenter zu machen und in den jährlichen Sicherheitsbericht zu integrieren, haben Schwarz-Grün am vergangenen Freitag im Nationalrat abgelehnt.

„Mir ist das völlig unverständlich. Besonders die ÖVP kann ich hier nicht verstehen. Einerseits plant man eine Behörde zur Untersuchung von Vorwürfen gegen die Polizei, die mit grünen Einschlägen zu einer ‚Polizei-Schikanierungs-Behörde‘ zu werden droht. Andererseits ist man nicht bereit, ganz simple statistische Erhebungen zu machen und sich hinter die Exekutivbeamten zu stellen“, kritisierte Amesbauer.

Kurz wegen Taxi-Diskriminierung angezeigt

Hafenecker ortet massive Begünstigung des US-Unternehmens Uber in neuem Gesetz

Der freiheitliche Verkehrssprecher Christian Hafenecker hat an die Staatsanwaltschaft eine Anzeige gegen Kanzler Kurz eingebracht. Hintergrgund ist das neue Gelegenheitsverkehrsgesetz, welches das US-Unternehmen Uber gegenüber Taxis massiv begünstigt.

Die heimische Taxibranche leidet seit Längerem unter dem Markeintritt des US-Giganten Uber. Anders als bei den Taxis ist der Fahrpreis bei Uber nicht klar mit einer Tarifordnung geregelt, sondern kann je nach Angebot und Nachfrage frei gestaltet werden.

2019: Faire Preise beschlossen

Ein von ÖVP, SPÖ und FPÖ während der Zeit der Beamtenregierung im Juni 2019 eingebrachter Gesetzesvorschlag hatte das Ziel, einheitliche und faire Rahmenbedingungen zu schaffen und den Anforderungen des heutigen Kommunikations- und Wirtschaftslebens Rechnung zu tragen. Aufgrund der einheitlichen und daher natürlich strengeren Regeln wäre der bestehende Wettbewerbsvorteil des Unternehmens Uber gegenüber den heimischen Taxiunternehmen weitestgehend entfallen.

Doch nun brachte die Regierung mit 18. November eine Regierungsvorlage im Nationalrat ein, mit welcher das Gelegenheitsverkehrsgesetz in weiten Teilen wieder zu Gunsten von Uber geändert wurde. Die Beschlussfassung erfolgte am vergangenen Donnerstag im Plenum des Nationalrats.

Kurz traf Uber-Boss in USA

Christian Hafenecker vermutet, dass ein Besuch von Sebastian Kurz beim Konzernchef von Uber in San Francisco im Juli 2019 Grund für den Meinungsumschwung der ÖVP sein könnte. Kurz – damals Kanzler außer Dienst – äußerte sich hernach gegenüber Medien im Sinne seines Gesprächspartners für eine flexible Preisgestaltung.

„Aus dem laufenden Untersuchungsausschuss wissen wir allerdings, dass die ÖVP nichts verschenkt, sondern die Kurz-Partei nur dann tätig wird, wenn für sie selbst dabei Vorteile herausschauen“, betonte Hafenecker, der daher Ermittlungen wegen Gesetzeskaufs anregte.

Foto: FPÖ-TV

Christian Hafenecker bei einer Demonstration von Taxifahrern gegen das ihr Gewerbe massiv bedrohende neue Gesetz.

FPÖ will Ministeranklage gegen Anschober

„Die FPÖ beharrt auf der Ministeranklage gegen Gesundheitsminister Rudolf Anschober“, erklärte FPÖ-Verfassungssprecherin Susanne Fürst. Denn gemäß Verfassung dürfen nur verhältnismäßige, sachlich gerechtfertigte Maßnahmen gesetzt werden, deren Wirksamkeit danach auch belegt werden müsse.

„Bis heute ist Anschober diesen Vorgaben nicht nachgekommen, was das generelle Betretungsverbot im öffentlichen Raum während des ersten ‚Lockdown‘ betrifft. Der Verfassungsgerichtshof hat dieses Einsperren der Menschen und das Abhalten der Kinder vom Schulbesuch aufgehoben“, sagte Fürst.

Für den zweiten „Lockdown“ liege zumindest eine gesetzliche Grundlage vor, was aber noch lange nicht heiße, dass diese Maßnahmen damit verfassungskonform wären, betonte die FPÖ-Verfassungssprecherin: „Man kann nicht den Fokus alleine auf die Corona-Zahlen richten, wenn sich links und rechts schon die Kollateralschäden türmen!“

Foto: NFZ

Fürst: Anklage muss kommen.

Zudem sei offensichtlich, dass die meisten Corona-Todesopfer hoch betagt und mit teils massiven Vorerkrankungen belastet gewesen seien. „Die Regierung hat es also neun Monate lang verabsäumt, diese Risikogruppe entsprechend zu schützen. Dieses Versäumnis berechtigt sie aber nicht dazu, alle Menschen mit weitreichenden freiheitseinschränkenden Maßnahmen zu überziehen“, kritisierte Fürst.

Da der Gesundheitsminister die Rechts- und Verfassungswidrigkeit seines Handelns weiterhin fahrlässig in Kauf nehme, sei die Ministeranklage gerechtfertigt, erklärte die FPÖ-Verfassungssprecherin.

FPÖ TEAM ROT-WEISS-ROT FÜR ÖSTERREICH IM EU-PARLAMENT

Foto: MFZ

Harald Vilimsky

„Green Deal“: Nur ein Moralwettbewerb

Nun ist es fix: Die EU will ihre Treibhausgasemissionen bis 2030 um 55 Prozent im Vergleich zu 1990 reduzieren. Bisher lag dieses Ziel bei 40 Prozent. Ziemlich kühn, wenn man bedenkt, dass die EU 27 bis 2018 – also in fast drei Jahrzehnten – nur knapp über 20 Prozent weniger geschafft haben. Und jetzt sollen die Emissionen in nur einem Jahrzehnt fast halbiert werden?

Diese Diskussion ist zum politischen Moralwettbewerb verkommen. Erreichbar, oder nicht – egal. Hauptsache, die Brüsseler Umverteilungsmaschinerie wird kräftig geschmiert. Als EU-Kommissionschefin von der Leyen ihr Leuchtturmprojekt präsentierte, fehlte ihr noch die Billion, die sie sich zur Finanzierung vorgenommen hatte. Zu ihrem Glück ist mittlerweile Corona über uns gekommen und hat sich samt Schuldenunion und „Wiederaufbaufonds“ auch für den „Green Deal“ instrumentalisieren lassen – auch wenn das eine mit dem anderen nichts zu tun hat.

Weltweit hat die EU einen Anteil von knapp unter zehn Prozent an den fossilen CO2-Emissionen. Pech, dass sich die Verursacher der anderen 90 Prozent nicht an den moralischen Imperativ aus Brüssel halten werden. Es gibt nur zwei Möglichkeiten, wo das hinführt: Das EU-Klimaziel geht den Weg der Maastricht-Kriterien. Es existiert, aber man hält sich nicht daran. Oder, die Einschränkungen werden für alle drastisch spürbar werden. Wollen wir das wirklich?

Facebook, Amazon und Google lenken US-Politik

Joe Biden, der „president elect“, stellt sein „Übergangsteam“ zusammen, das für die Regierungsübernahme im Jänner verantwortlich ist. Darunter sind auffällig viele Mitarbeiter von Facebook, Amazon und Google zu finden, die über die Besetzung von Schlüsselrollen in der Biden-Regierung mitentscheiden und damit auch die Politik der Biden-Administration in den nächsten Jahren beeinflussen werden.

Wenn man sich die Profile der entsprechenden Mitarbeiter anschaut, liest man eines immer wieder: „Senior Obama Administration official”. Also viele von ihnen arbeiteten einst in der Obama-Regierung, wechselten dann zu Facebook, Google & Co. – und kehren nun wieder zurück in die Politik zum nächsten demokratischen Präsidenten.

Die Tatsache, dass fast alle zukünftigen Mitarbeiter der Biden-Regierung zuvor in verschiedenen Positionen der Obama-Administration gearbeitet haben, zeigt aber einmal mehr die personelle Verflechtung der großen Internet-Unternehmen mit der alten und neuen Regierung der Demokraten.

Das dürfte nicht nur bei den Republikanern, sondern auch beim linken Flügel der Demokraten und den europäischen Biden-Bejublern wegen des befürchteten Einflusses von Großkonzernen auf das Weiße Haus auf Kritik stoßen. Oder wird das jetzt völlig negiert?

Foto: screenshot Youtube.com

Biden setzt auf Konzernerfahrung.

Angela Merkels Ra führt Europa in die

Deutscher EU-Vorsitz fördert das Schuldenmache

Foto: EU

Ausgerechnet Angela Merkel, die Nachfolgerin Helmut Kohls, der die Schu geknüpft hat, führt Europa jetzt in die Schuldenunion – und fügt mit ihrem

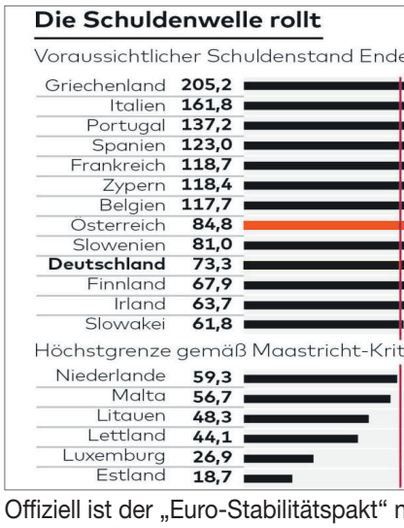
Während der türkische Staatspräsident Erdoğan ungeschoren davonkommt, geht es den Steuerzahlern und den Industriearbeitern in der EU an den Kragen. Unter dem Stichwort „Corona-Hilfen“ steuert Europa in die Schuldenunion. Dazu droht über die „Klimarettung“ der Industrie und damit Millionen Arbeitsplätzen das Aus.

Auf dem EU-Gipfel vergangenes Wochenende wurden von Deutschlands Kanzlerin Angela Merkel zwei folgenschwere Beschlüsse durchgepeitscht: Das EU-Budget samt dem 750 Milliarden Euro schweren „Corona-Hilfspaket“ wurde ebenso beschlossen, wie die „Klimaziele“ mit der Reduktion der Treibhausgase um 55 Prozent bis 2030.

Schulden über Schulden

Im „Corona-Hilfspaket“ ist vereinbart, dass die EU-Kommission selbst für die gesamte Union Geld auf dem Finanzmarkt aufnehmen darf. Diese werden in erster Linie in die südeuropäischen Pleitestaaten fließen, während Zins- und Rückzahlungskosten in die EU-Beiträge aller Mitgliedstaaten einfließen werden. Damit hat Merkel jene rote Linie überschritten, die den deutschen Steuerzahlern bisher als sakrosankt verkauft wurde, die gemeinsame Schuldenaufnahme.

Aber damit nicht genug des Schuldenmachens. Auch die Europäische Zentralbank will weitere 500 Milliarden Euro „bereitstellen“, um damit den Rahmen ihres Krisenprogramms PEPP von 1.350 auf 1.850 Milliarden Euro auszuweiten. Und die Nutznießer sind auch hier die EU-Länder, die sich bisher keinen Deut um den Euro-Stabilitätspakt, also die Begrenzung der Staatsschulden auf



Offiziell ist der „Euro-Stabilitätspakt“ n mit dem „Corona-Hilfspaket“ jetzt end

tspräsidentschaft
e Schuldenunion

en und die Vernichtung der Industriearbeitsplätze

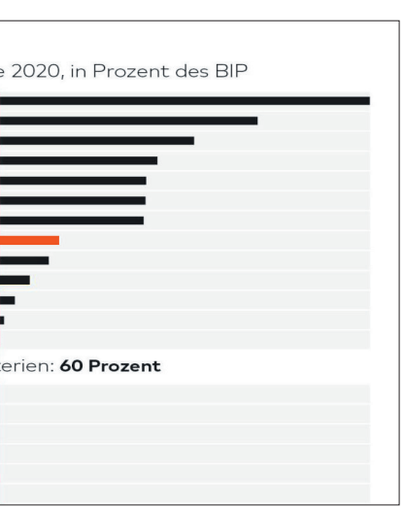
ldenunion strikt abgelehnt und die Euro-Einführung an den Stabilitätspakt
Klimarettungswahn der europäischen Industrie nachhaltigen Schaden zu.

60 Prozent der Wirtschaftsleistung, geschert haben.

Zum Handkuss kommen dabei die Sparer, denen wegen der anhaltenden Nullzinspolitik die Ersparnisse wegschmelzen.

Für viele Experten ist die EZB bereits der heimliche Financier der Mitgliedsstaaten. Schon jetzt halten die Währungshüter Staatsanleihen im Volumen von rund 3.000 Milliarden Euro der Mitgliedsländer, darunter bereits ein Fünftel der italienischen Staatsschulden.

Vor Kurzem hatte der Wirtschaftsberater des italienischen Ministerpräsidenten Giuseppe Conte gefordert, die EZB solle die im Rahmen von PEPP gekauften Anleihen vernichten. Dieser Schuldenerlass für Italien zulasten aller Euro-Länder würde Österreich rund drei Milliarden Euro kosten.



noch in Kraft. Aber de facto wurde er
lgültig außer Kraft gesetzt.

„Klimarettung“ wird EU-Ziel

In den sauren Apfel werden auch Europas Industrieunternehmen beißen müssen, da die deutsche Kanzlerin ihre Wahnvorstellung von der „Energiewende“ auch den anderen EU-Mitgliedern aufzwingen will.

Mit der Erhöhung der „Klimaziele“ steht der Industrie eine Verschärfung des Emissionshandels bevor. Betreiber von Fabriken und Kraftwerken müssen für jede Tonne Kohlendioxid ein Zertifikat zukaufen, dessen Preis aufgrund der Reduktion der Emission steigen wird. Selbst ÖVP-Wirtschaftskammer-Generalsekretär Karlheinz Kopf bezeichnete den „Green Deal“ der Union als „sehr lückenhaft“: „Wachstumsstrategien jedenfalls schauen anders aus.“

Völlig konträr dazu die Entscheidung zu Sanktionen gegenüber der Türkei. Der ewige Provokateur Recep Tayyip Erdoğan kommt erneut ungeschoren davon, darf weiter mit Milliarden aus den Brüsseler Töpfen rechnen.

KURZ UND BÜNDIG

Foto: EU

Merkel bedrängt EMA

Die deutsche Regierung drängt laut einem Zeitungsbericht die Europäische Arzneimittelbehörde (EMA), den vom US-Konzern Pfizer entwickelten Impfstoff gegen das Coronavirus noch vor Weihnachten zuzulassen. Das deutsche Bundeskanzleramt und das Gesundheitsministerium verlangten intern von der EMA, das Vakzin bis 23. Dezember – wie Merkel es vor Wochen ankündigte – zur Verimpfung auf EU-Ebene und damit auch in Deutschland freizugeben, meldete die „Bild“-Zeitung unter Berufung auf Regierungs- und EU-Kreise. Die Arzneimittelbehörde hat bisher eine Entscheidung über den Impfstoff für den 29. Dezember angekündigt.

Merz lässt aufhorchen

Foto: bundesregierung.de

Aufhorchen ließ der frühere Klubchef von CDU/CSU im Bundestag, Friedrich Merz, beim Kandidaten-Hearing über die künftige Parteiführung der CDU. „Man muss allerdings auch mal sagen: Wenn wir die Zuwanderung in den Jahren 2015/2016 in die Sozialsysteme nicht gehabt hätten, hätten wir eine Million Harz-IV-Empfänger weniger“, erklärte Merz und brach damit den Bann, mit dem die deutschen Parteien Detailauskünfte über die Folgen der seit damals einsetzenden Masseneinwanderung belegt hatten. So gibt es auch noch immer einen Abschiebestopp, selbst für Gefährder, Gewalttäter und Mörder, nach Syrien.

Absicht oder Zufall: Chinas Machtstreben und Corona

Überall auf der Welt erleben Staaten einen beispiellosen Einbruch ihrer Wirtschaftsleistung und einen explosionsartigen Anstieg der Staatsschulden. Es gibt aber eine große Volkswirtschaft, auf die das nicht zutrifft, China. Das Land, das die Welt mit dem „Wuhan-Virus“ zum dritten Mal in 20 Jahren mit einer Pandemie beglückte, erwartet für dieses Jahr ein Wachstum von 1,8 Prozent – als einziges Land.

„Ist es eine Verschwörungstheorie, zu glauben, dass es Absicht gewesen sein könnte?“, fragte der britische neokonservative Publizist Douglas Murray in der letzten Ausgabe der britischen Zeitschrift für Politik „The Spectator“.

China gelang in diesem Jahr einer der größten Coups der Finanzgeschichte: Der Handelskrieg der Trump-Regierung gegen Peking zeigte Wirkung, bis infolge der Corona-Pandemie – zufällig oder absichtlich – die Wirtschaft des amerikanischen Hauptkonkurrenten (und der restlichen Welt) vollständig heruntergefahren werden musste.

Von Afrika über Mitteleuropa bis zu Großbritannien bietet sich, laut Murray, nun eines an: chinesische Investitionen. Und so lange China auch noch als das Land angesehen wird, das die globale wirtschaftliche Erholung, wie auch die „Klimarettung“ vorantreibt, wird diese Versuchung groß sein, chinesische Milliarden – und damit die politische Abhängigkeit von Peking – ins Land zu holen. Vor allem in den europäischen Pleitestaaten.

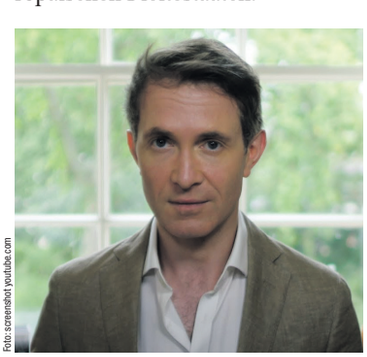


Foto: screenshot youtube.com

Murray: Was passierte in Wuhan?

LESER AM WORT

Kopftuchverbot

Das Kopftuch – besonders die Burka etc. – sind Zeichen der gewollten Ausgrenzung und der Ablehnung der westlichen Kultur sowie ein Hinweis auf die Unterdrückung der Frauen bzw. der Mädchen. Mit Religionsfreiheit hat das nichts zu tun, sondern mit Ghettobildung – auch in den Schulen. Man sondert sich absichtlich ab, um jede Integration zu vermeiden. Daher ist das Urteil einfach unverständlich, realitätsfremd und integrationsschädlich. Es ist ein Zeichen für die Unterdrückung der Frauen. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass das Gericht dieses Gesetz aufgehoben hat, weil es von der ÖVP-FPÖ-Regierung beschlossen wurde und die anderen Parteien seit dem Sturz der ÖVP-FPÖ-Regierung ihre Hauptaufgabe darin sehen, alle Spuren dieser sehr erfolgreichen Regierung zu vernichten. Im letzten Jahr hat im ganzen Beamtenapparat und bei staatsnahen Firmen eine Umfärbung auf Grün stattgefunden, wie es sie zuvor nie gegeben hat. Da die Medien die Grünfärbung nicht kritisieren, läuft das relativ still und leise hinter den Kulissen ab. Bei der FPÖ hätten bzw. haben die Medien laut aufgejault und gegen jeden Kandidaten protestiert, auch wenn er für den Posten bestens qualifiziert war. Eigenartig ist, dass bei diesem Anschlag auf die Frauenrechte die sonst so lauten Emanzen schweigen. Um der FPÖ zu schaden, nehmen sie sogar den Verlust der Frauenrechte in Kauf und fördern die Spaltung der Gesellschaft, indem sie die Verschleierung von Kindern durch radikale Fundamentalisten fördern. Dieses Urteil ist eine Schande für ein Land mit angeblicher Meinungsfreiheit, da man Frauen und Kinder dem Willen von sexistischen Patriarchen ausliefert.

Stephan Pestitschek, Strasshof

Opfer – Täter

Das Kopftuch ist die Reviermarkierung und trotziges Symbol des politischen Islam. Der Staat hat mit Gesetzen den Zwang auszuschließen, unabhängig von zweifelhaften, unkontrollierbare Beteuerungen der Täter von der angeblichen Freiwilligkeit des Kopftuchs. Es ist nicht Gleichbehandlung, Mädchen zum Kopftuch zu zwingen. Umgekehrt wäre es Gleichstellung, wenn alle Schüler keine Kopfbedeckung tragen dürfen. Wenn man einen Raum betritt, nimmt man aus Höflichkeit und Respekt die Kopfbedeckung ab. Die Neutralität gebietet sogar keinerlei religiöse Symbolik, die Staatshoheit hat über dem Koran zu stehen. Es ist traurig, dass Politiker sich vom Islam knechten lassen. Das große Problem Österreichs ist die neue Schamlosigkeit, Vertragsbruch zu begehen und dann die Rechtsbrecher als Opfer zu deklarieren.

Armin Schütz, Wien

Foto: NFZ

Masken für Alte

Ein nobler Zug der Bundesregierung: Jetzt werden die von Minister Anschober bestellten Millionen vermutlich schadhaften und laut seiner Aussage unbrauchbaren Masken an die Pensionisten verschenkt. Und gleich zehn Stück davon, und weg damit. Für uns Alte, die mitgeholfen haben, diesen Staat aufzubauen, genügen sie ja. Danke für die Almosen, Herr Anschober, Herr Kurz! Wir werden es zu danken wissen, die nächsten Wahlen kommen bestimmt.

Rudolf Klier, St. Kanzian

„Unwichtiges“ übersehen

Diese Entgleisung im Erlassungsgesetz, im privaten Bereich Polizeikontrollen durchführen zu können, wurde im Parlament laut der Rechtfertigung eines grünen Abgeordneten als „nicht wichtig“ übersehen. Wie nannte man bisher solche angedachten Verordnungen in Bezug auf andere Länder: autoritäre Unrechtsstaaten.

Alois Neudorfer, Vöcklabruck

Corona-Impfung

Warum bitte sollte man sich gegen Corona impfen lassen? Sogar Experten warnen vor den schlimmen Nebenwirkungen, Wissenschaftler kritisieren die kurze Dauer der Entwicklung. Seit Ewigkeiten laufen Forschungen im Kampf gegen Tollwut, Krebs oder Grippe, aber bisher ohne einen vorzeigbaren Erfolg. Bis man eine Impfung auf Menschen loslässt, dauert es zumeist fünf bis zehn Jahre. Warum sollte es bitte bei einem wirklich wirksamen Impfstoff gegen Corona schneller gehen? Die mächtige Pharmaindustrie freut sich natürlich über den vorzeitigen Impfstoff.

Ernst Pitlik, Wien

Josefi-Tag in Südtirol?

Papst Franziskus hat zu Maria Empfängnis ein Jahr zu Ehren des Heiligen Josefs ausgerufen. Das Datum ist bewusst gewählt: Vor genau 150 Jahren wurde, genau an diesem Marienfeiertag, der Heilige Josef zum Schutzpatron ernannt. Am 19. März begeht ganz Tirol das Fest des heiligen Josef. Seit dem kaiserlichen Dekret Maria Theresias im

Foto: schuetzen.com

Jahre 1772 gilt er als Landespatron Tirols. Die Abschaffung des Feiertags in Südtirol 1977 durch Rom hat zu keiner Zeit etwas gebracht. Bereits seit über 25 Jahren wurde die Wiedereinführung des Josefi-Tages im Südtiroler Landtag mehrmals mehrheitlich verabschiedet, der Gesetzesentwurf zur Wiedereinführung dieses Feiertages wartet seit Jahrzehnten im italienischen Parlament darauf, behandelt und genehmigt zu werden. Auch Landeshauptmann Arno Kompatscher hat das immer hoch und heilig versprochen. Passiert ist bisher immer noch nichts.

Roland Lang, Terlan

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue Freie Zeitung

BESTELLSCHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

○ Halbjahrespreis € 15,- ○ Jahrespreis € 30,- ○ Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
○ Auslandsjahresbezug € 73,- ○ Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss.
Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird.
Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Bestellungen auch per E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**: _____

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.
** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN

Stadtbudget 2021: Rot-grüne Resteverwertung

FPÖ-Kritik an fehlender Transparenz und falscher Zielrichtung

Die Ausgaben für die Mindestsicherung wegen der steigenden Arbeitslosenzahlen aufgrund der irrsinnigen „Corona-Maßnahmen“ werden nur in geschöntem Ausmaß berücksichtigt, kritisierte FPÖ-Landesparteiobmann Dominik Nepp.

Foto: NFZ

Nepp: „Das Budget 2021 stammt von rot-grünen Resteverwertern!“

„In Zeiten von Massenarbeitslosigkeit, in der Pleiten und eine Welle der Armut auf uns zukommen, braucht es ein Budget mit Weitblick, das in die richtige Richtung lenkt. Aber davon ist hier nichts zu sehen“, kritisierte Nepp die neue Stadtregierung von SPÖ und Neos in der letztenwöchigen Budgetdebatte im Gemeinderat.

Völlig falsche Prioritäten

So würden unter anderem kommende Ausgaben für die Mindestsicherung durch die steigenden Arbeitslosenzahlen falsch eingeschätzt und auf die fehlende Einnahmen und einen drastischen Einbruch der Anteile Wiens am Finanzausgleich durch den zweiten „Lockdown“ völlig vergessen.

Die Neos seien vollinhaltlich bereits in der SPÖ aufgegangen, wie schon ihre grünen Vorgänger davor, bemerkte Nepp: „Die vielbeschworene ‚rosa Handschrift‘ ist im Budget nicht auszumachen. Rosa-Rot ist nichts anderes als die Resteverwertung von Rot-Grün!“

Die Stadt stehe noch maroder da als bisher und müsse sich Geld an den Finanzmärkten zu schlechteren Konditionen holen als etwa Griechenland oder Marokko. „Für die Wiener ist kein Geld mehr da. Die einzigen Gebührensenkungen, die die Neos durchgesetzt haben, waren nicht die Gebühren für Müll, Strom, Gas oder Wasser, sondern die bei der Einbürgerung!“, kritisierte Nepp.

Die neue Scheinheiligkeit der ÖVP Wien

Als „entlarvend“ bezeichnete der Klubobmann der Wiener Freiheitlichen, Maximilian Krauss, das jüngste Abstimmungsverhalten der neu angelobten ÖVP-Truppe im Wiener Gemeinderat.

Beispielsweise lehnte die ÖVP vergangene Woche folgende Anträge der FPÖ ab: Das temporäre Aussetzen des Asylrechts in Österreich oder die Streichung freiwilliger Sozialleistungen der Gemeinde Wien für Dschihadisten, Rückkehrer („Gefährder“) und Islamisten.

Ebenso fand es die ÖVP nicht der Mühe wert, einen Sicherheitsbeirat in Wien und die jährliche Vorlage eines Islamisierungsberichts zu verlangen, oder Dschihad-Rückkehrern die österreichische Staatsbürgerschaft abzuerkennen.

Für unterstützenswert erachtetet die ÖVP hingegen eine „Weiterentwicklung der Gender Budgeting-Strategie der Stadt Wien“ und eine „50-Prozent-Frauenquote in Aufsichtsräten“, kritisierte Krauss: „Die ÖVP-Gemeinderäte kopieren medial und in den Debatten die Politik der FPÖ. Wenn es jedoch um konkrete Maßnahmen und Anträge geht, stimmen sie mit dem rot-grün-rosa Einheitsbrei. Die Scheinheiligkeit der ÖVP kennt keine Grenzen! Die FPÖ ist damit die einzige Partei, die konsequent für mehr Sicherheit und die Bekämpfung des politischen Islam eintritt!“

Foto: NFZ

Krauss: ÖVP pfeift auf den Schutz der Wiener vor den Islamisten!

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff

Ich hab jetzt einige kleine Besuche vor, die mir knapp vor Weihnachten ein Bedürfnis sind.

Gastronomen stehen auf der Liste. Sie sind in letzter Zeit ganz schön drangekommen. Lockdown eins und zwei, die Barrierefreiheit und das Theater um die Nichtraucherzonen waren harte Bandagen.

Mahlzeit

Ich werde ihnen danke sagen. Da ist ein Wirtshaus auf der Lerchenfelder Straße. Dort hab ich vor Monaten köstliche Marillenknödel gegessen. Beim Zahlen hab ich gesagt: Danke, es war grandios. Die daraufhin angebotene zweite Portion hab ich kalorienhalber abgelehnt. „Owa aans nehmen S no“, sagte der Wirt und brachte mir rasch ein Gratis-Knödel. Der kriegt von mir eine Weihnachtskarte, die schieb ich ihm unter der Tür durch.

Ein Wirt am Salzgries hat mir unbekannterweise Kredit gegeben, als ich meine Brieftasche zu Hause vergessen hatte. Bei einem auf der Landstraße war mir der Spargel zu hart, ich hab’s ihm gesagt. Als ich drei Tage später wiederkam, hat er mir eine Portion zum halben Preis serviert. „Weich“, hat er dazugesagt, „ganz gegen die Gourmet-Regeln.“ Ich weiß, aber mir ist der Spargel so lieber. Auch ein Danke.

So mach ich meine Wirte-Runden.

Vielleicht freuen sie sich.

KÄRNTEN

Gratis-Tests für Besucher

Der Kärntner FPÖ-Landesparteichef Gernot Darmann begrüßt den Plan, dass jeder seine Angehörigen im Pflegeheim besuchen darf, wenn er einen aktuellen negativen Corona-Antigentest vorweisen kann: „Ich fordere genau diese Vorgangsweise bereits seit Monaten. Das bisherige generelle Besuchsverbot bis 16. Dezember in Kärnten ist falsch, weil die Bewohner im Heim vereinsamen.“ Unverständlich ist es für ihn jedoch, dass Kärntens SPÖ-Sozialreferentin Beate Prettner die Angehörigen für diesen Test zur Kassa bitten wolle.

STEIERMARK

Mehr Sicherheit

Mehr als 45.000 Straftaten ereigneten sich zwischen 2018 und dem ersten Halbjahr 2020 auf österreichischen Bahnhöfen, Haltestellen und in öffentlichen Verkehrsmitteln, erklärte FPÖ-Sicherheitssprecher Hannes Amesbauer und forderte, dass Bahnhöfe und öffentliche Verkehrsmittel zukünftig besser gesichert werden müssten.

Foto: NFZ

H. Amesbauer

NIEDERÖSTERREICH

NoVA abschaffen!

Niederösterreichs FPÖ wird in der letzten Landtagssitzung des Jahres 2020 die ÖVP-geführte Landesregierung mit der von ÖVP und Grünen beschlossenen NoVA-Erhöhung konfrontieren. In einer Aktuellen Stunde mit dem Titel „Nein zur NoVA-Erhöhung: Unfaire Autofahrerabzockerei beenden!“ ein Veto des Landtages gegen die Regierungsmaßnahme einfordern, kündigte FPÖ-Landeschef Udo Landbauer an. „ÖVP und Grüne greifen damit tief in die Taschen all jener Landsleute, die auf ein Auto angewiesen sind und keine U-Bahn vor der Haustüre haben. Als Flächenbundesland ist Niederösterreich, besonders die Bevölkerung im ländlichen Raum, am stärksten von dieser Maßnahme betroffen.“ Landbauer forderte die generelle Abschaffung der NoVA, da diese eine einzigartige Phantasiesteuer sei.

Kopftuch-Urteil: Ein gefährlicher Rückschlag für die Integration

Haimbuchner will nach VfGH-Urteil eine schnelle Gesetzesreparatur

OBERÖSTERREICH

Der Verfassungsgerichtshof hat das von Schwarz-Blau eingeführte Kopftuchverbot für Volksschülerinnen (!) wegen „Diskriminierung“ aufgehoben.

Oberösterreichs FPÖ-Landeshauptmannstellvertreter Manfred Haimbuchner kritisierte die Aufhebung des Kopftuchverbots für Mädchen in den Volksschulen durch den Verfassungsgerichtshof: „Das Verbot war von uns Freiheitlichen nie als Einschränkung der Religionsfreiheit, sondern als Schutzmechanismus vor der Sexualisierung und islamischen Unterdrückung von unmündigen Kindern gedacht. Leider muss man die Konsequenzen aus diesem Urteil jedoch als zivilisatorischen Rückschritt bezeichnen, da sie nun Tür und Tor für eine religiös motivierte Unterdrückung von Mädchen öffnen, die wir so in unserer Gesellschaft nicht haben wollen.“

Foto: FPÖ Oberösterreich

Haimbuchner: Gesetzesreparatur, um Islamisten zurückzudrängen.

Kopftuchverbot neu regeln

Deshalb ist es nun wichtig, aus dem Urteil die richtigen Schlüsse zu ziehen, wie ein solches Verbot zum Wohle der Kinder doch noch umgesetzt werden könne. Auch die Suche nach einer Verfassungsmehrheit für eine entsprechende Gesetzgebung im Parlament sei natürlich eine Option, erklärte Haimbuchner: „Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen und Mädchen habe vielfältige Formen. Die islamische Zwangsverhüllung ist eine davon.“

BURGENLAND

Gehortete Müll-Millionen

Auf der Vollversammlung des Burgenländischen Müllverbands (BMV) erlebten die Mitglieder eine unwürdige gegenseitige Blockade von SPÖ- und ÖVP-Vertretern: Während die einen die Ausschüttung von 30 Millionen Euro Körberlgeld an die Gemeinden forderten, versteckten sich die anderen hinter irgendwelchen Rechtsstandpunkten – mit dem Effekt, dass jetzt gar kein Budgetbeschluss getroffen wurde.

Foto: NFZ

Petschnig: Gehortete Millionen den Bürgern zurückgeben!

„Fakt ist, dass der Müllverband über nicht gebundene Rücklagen im Ausmaß von mehr als 42 Millionen Euro verfügt. Dieses Geld gehört den Burgenländern und wurde ihnen jahrelang über offenkundig zu hohe Müllgebühren aus der Tasche gezogen!“, kritisierte der freiheitliche Landesparteiobmann Alexander Petschnig.

Petschnig bestärkte den Antrag der beiden FPÖ-Gemeindevertreter in der Vollversammlung, die nicht gebundenen Rücklagen nicht den Gemeinden, sondern den Haushalten zurückzugeben. Zusätzlich sollte der BMV so lange keine Gebühren mehr einheben, bis dieser „Millionen-Speck“ abgebaut sei. Dieser Antrag der FPÖ wurde von den SPÖ- und ÖVP-Bürgermeistern aus „formellen Gründen“ zurückgewiesen.

NIEDERÖSTERREICH

Foto: FPÖ Niederösterreich

Corona-Irrsinn für Skihütten

Als „völlig realitätsfremd und undurchführbar“, bezeichnete Niederösterreichs FPÖ-Tourismussprecher Reinhard Teufel den von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzesentwurf zu den Abstandsregeln im Wintertourismus: „Wenn man im alpinen Gelände nun genötigt wird, 50 Meter Abstand von der Skihütte zu halten, findet man sich in den häufigsten Fällen wohl mitten auf der Skipiste, oder im unwegbaren und ungesicherten Gelände wieder. Und damit wird die Einnahme von Getränken und Speisen geradezu verunmöglicht!“

VORARLBERG

Zuwarten bis zum nächsten Anschlag? Freiheitliche fordern Sicherheitspaket für die Vorarlberger.

Foto: NFZ

Jetzt Maßnahmen gegen radikalen Islam umsetzen!

Schwarz-Grün schiebt FPÖ-Initiativantrag auf die lange Bank

Vorarlbergs Landesregierung verhindert den notwendigen politischen Schulterschluss und agiert verantwortungslos gegenüber dem politischen Islam.

Freiheitlichen-Landesobmann Christof Bitschi zeigte sich entsetzt über die Vertagung des FPÖ-Antrags zur Bekämpfung des radikalen politischen Islam durch die schwarz-grünen Regierungsfraktionen im Rechtsausschuss des Landtages. „Anscheinend sind sich Schwarz-Grün auch nach dem blutigen Anschlag in Wien noch immer nicht des Gefahrenpotentials des radikalen Islam bewusst“, erklärte der FPÖ-Landeschef.

Mit wortreichen Beschwichtigungen des Landeshauptmannes nach islamistischen Anschlägen sei es jedenfalls nicht getan, betonte Bitschi: „Es darf nicht immer nur abgewartet werden, sondern es müssen jetzt endlich konsequente Maßnahmen gegen den radikalen Islam bei uns im Land umgesetzt werden. Und zwar sofort, und nicht erst dann, wenn es wieder zu spät ist!“

Mehr Sicherheit für die Bürger

Nach dem verheerenden islamistischen Anschlag in Wien haben die Freiheitlichen in einem Antrag umfassende Maßnahmen zur Bekämpfung des radikalen Islam verlangt, um die Sicherheit in Vorarlberg bestmöglich garantieren zu können. Konkret werde darin etwa eine personelle und finanzielle Stärkung des Landesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung gefordert, ein jährlicher Islamismusbericht über die aktuelle Bedrohungslage in Vorarlberg und die Sicherstellung, dass radikal-islamistische Vereine sowie Gefährder, IS-Anhänger und Dschihadisten keinerlei Sozialleistungen des Landes Vorarlberg erhalten sollen.

Keine „Zwangsbeglückung“

Als „politische Nebenwirkung“ der katastrophalen Beteiligung an den Massentests wertete der steirische Landesparteichef Mario Kunasek die prompte Forderung von ÖVP-Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer nach einer Zwangsimpfung aller Österreicher gegen das Coronavirus.

„Vor allem Schützenhöfers Aussage, dass man ‚manche zu ihrem Glück zwingen muss‘, ist eine unglaubliche Grenzüberschreitung, die an Überheblichkeit kaum zu überbieten ist und die wir sicherlich nicht kommentarlos zur Kenntnis nehmen werden“, kündigte Kunasek einen Antrag im Landtag gegen Zwangsimpfungen an.

Einen Zwang zur Impfung, auch wenn er sich unter dem geschönten Wort „Impfpflicht“ verstecke, lehnen die Freiheitlichen kategorisch ab, betonte Kunasek: „Die Österreicher müssen frei entscheiden, ob sie sich dieser Impfung unterziehen wollen, deren mittel- und langfristige Nebenwirkungen aufgrund ihrer Entwicklung in Rekordzeit überhaupt noch nicht feststehen.“

STEIERMARK

Foto: FPÖ Steiermark

Kunasek: Keine „Zwangsbeglückung“ der Steirer!

Foto: FPÖ Steiermark

LÄNDER-SACHE

Christof Bitschi
FPÖ-Landesparteiobmann Vorarlberg

Dass bei der Krisenbewältigung auf die schwarz-grüne Bundesregierung keinerlei Verlass ist, müsste mittlerweile auch den Regierungsvertretern in den Bundesländern klar sein. Es herrscht Chaos an allen Ecken und Enden, zudem werden viele von den Corona-Einschränkungen Betroffene bis heute im Stich gelassen.

Nein zum Impfzwang!

Wir Freiheitliche haben in Vorarlberg seit Beginn der Krise darauf gedrängt, dass wir im Land selbst die Initiative bei der Krisenbewältigung übernehmen und Maßnahmen setzen, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln, unsere Vorarlberger Betriebe zu unterstützen und Arbeitsplätze im Land zu sichern.

Von einem notwendigen eigenständigen Agieren auf Landesebene kann jedoch keine Rede sein. Es werden die Corona-Maßnahmen aus Wien völlig widerspruchslos abgenickt, anstatt den Vorarlbergern in dieser schwierigen Situation entsprechend zur Seite zu stehen.

Zudem fallen jetzt einige ÖVP-Landeshauptleute der eigenen Bevölkerung sogar noch in den Rücken, indem sie offensiv eine Covid-19-Impfpflicht einfordern. Wir sagen: Diesem ÖVP-Treiben muss endlich ein Ende gesetzt werden! Es darf keinen Impfzwang geben, sondern es muss die freie Entscheidung jedes Einzelnen sein, ob man sich impfen lässt, oder nicht. In einer Landtagsinitiative fordern wir deshalb eine Ablehnung einer Impfpflicht durch den Vorarlberger Landtag.

Wenigstens in dieser Frage sollte die Landes-ÖVP an der Seite der Vorarlberger stehen und unseren Antrag unterstützen.

GEZWITSCHER

Franz Schellhorn
@FranzSchellhorn

Sollte diese flammende Liebeserklärung des ORF an Merkel und das gemeinsame Schuldenmachen nicht als Kommentar gekennzeichnet werden? Oder ist der Öffentlich-Rechtliche von einer Trennung zwischen Bericht und Meinung befreit?
13. Dez. 2020 09:17

Bericht? Kommentar? Alles was das „Gütesiegel“ ORF trägt, hat doch schon lange nichts mehr mit Journalismus zu tun.

Marcus Franz
@M_T_Franz

Einfach zum Nachdenken:
Für das Geld, das die #Massentests kosten, hätte man über 1 Jahr lang mindestens 1000 (TAUSEND) bestausgerüstete Intensivplätze finanzieren können!
12. Dez. 2020 19:43

Aber, aber Herr Franz! Wollen Sie unserer Bundesregierung unterstellen, dass sie zu vernunftbezogener Politik fähig ist?

TELEGRAM

GEFÄLLT MIR

Herbert Kickl
14. Dezember 2020

Die von ÖVP-Kanzler Sebastian Kurz im Alleingang initiierten Corona-Massentests haben sich als veritabler Flop erwiesen.

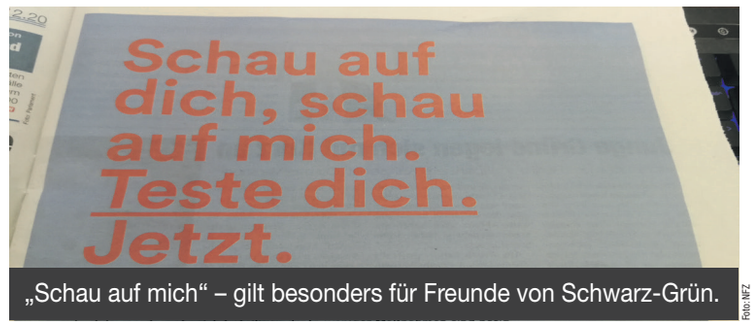
1.385 Personen gefällt das.

Am besten kommen durch die „Corona-Krise“ die (Spender-) Freunde des Bundeskanzlers – im In- wie im Ausland.

Trotz medialem Tsunami sinkt die Zustimmung zur „Corona-Politik“

Hälfte der Österreicher kritisiert Geldverschwendung der Koalition

Das war‘s wohl mit dem Krisen-Bonus für Schwarz-Grün. Von breiter Zustimmung zum „Corona-Kurs“ kann keine Rede mehr sein.



„Schau auf mich“ – gilt besonders für Freunde von Schwarz-Grün.
Foto: NFZ

Trotz des medialen Tsunami, der seit Wochen über Österreichs Zeitungsleser und GIS-beglückte ORF-Seher hinwegrollt, ist es vorbei mit „Corona-Glückseligkeit“ der schwarz-grünen Koalition.

Steuergeldverschwendung

Was sich bei den „Massentests“ manifestiert hat, hat eine Umfrage des Linzer Marketinginstituts schon in der Woche davor abgezeichnet. Die Meinung der Österreicher zur Coronavirus-Krisenbewältigung von Schwarz-Grün ist von großer Zustimmung beim ersten „Lockdown“ jetzt nach der zweiten landesweiten „Sperrstund“ ins Negative gekippt: Waren im Frühjahr noch 78 Prozent überzeugt, dass es im eigenen Land besser läuft als in anderen EU-Ländern, waren Anfang Dezember nur noch elf Prozent dieser Ansicht.

Knapp ein Drittel bewertete die Umsetzung der Covid-19-Verordnungen schlecht. Und bereits acht von zehn Österreichern rechnen mit einem dritten „Lockdown“. Vor allem aber stößt sich schon die Hälfte der Befragten daran, dass die Regierung nicht sorgsam genug mit ihrem Steuergeld im Zusammenhang mit dem Coronavirus umgeht. Kein Wunder, sind doch die täglichen Werbeeinschaltungen der Bundesregierung nicht zu übersehen. Und die Kosten der unsinnigen Massentests stoßen den Bürgern sauer auf, während die Betriebe monatelang auf ihre „Corona-Hilfe“ warten müssen.

FPÖ IN DEN MEDIEN

Immer tiefer versinkt die ÖVP im Strudel der „Ibiza-Affäre“, wie „Die Presse“ in ihrem Bericht über den Stand des Untersuchungsausschusses im Parlament berichtet: „Ausgerechnet den PR-Profis der ÖVP gelang es (noch) nicht, eine Erzählung in ihrem Sinne zu präsentieren.“ Während sich die Bestechungsvorwürfe gegen die FPÖ in Luft auflösen, hat die ÖVP zunehmenden Erklärungsbedarf über die fürstlichen Spenden an parteinahe Institute.

10 INLAND
Spender und geheime Pläne: Was der Ausschuss bisher ans Licht brachte
Casinos und Ibiza
Spenden und Sobotka
Die Schwarzgeldaffäre
Immobilien und BBÖ

Einen Einblick in das „System ÖVP“ liefert auch die „Kleine Zeitung“. Nach der Niederlage bei der Gemeinderatswahl versucht die ÖVP in Fürstenfeld nicht nur möglichst viele gescheiterte Mandatare auf Referentenposten zu versorgen, sondern will den Kreis der „Bezügebezieher“ ausweiten, was heftige Kritik von FPÖ-Stadtrat Christian Schandor auslöste.

Politik intern
Konflikt um Bezahlung für Gemeinderäte
FP-Stadtrat Christian Schandor

Nach „Testen, testen, testen“ sendet der ORF in Dauerwerbeschleife seit Montag nun „Impfen, impfen, impfen“.

Und das in den beiden ehemaligen Nachrichtensendungen „ZIB1“ und „ZIB2“, die jetzt nur noch als unentgeltliche Werbesendungen für die beiden Regierungsparteien fungieren.

In der „ZIB1“ musste der „Chef der Wissenschaftsredaktion“ ‘ran, um die Impfung als die ultima ratio gegen das Coronavirus hochzujubeln. Nicht ganz risikofrei, aber „alternativlos“, wie es im Politikersprech seit Angela Merkels Startschuss zur Masseneinwanderung 2015 heißt.

GISBÄRS TV-NOTIZ

In der „ZIB2“ rührte der Bundesrettungskommandant des Roten Kreuzes die Werbetrommel für die Impfung. Das ist jener Herr, der den Österreichern die „Corona-App“ unterjubeln durfte, damit die „Kontakt-Jäger“ jederzeit Einblick erhalten, wo sich die Österreicher gerade so herumtreiben. Also Überwachung à la Chinas Kommunisten in der Rot-Kreuz-Version.

Jetzt legte er noch eins drauf: Das Virus sei nur unterzukriegen, wenn man sich einsperre oder bis zur segensreichen Impfung testen lässt, bis die Nasenlöcher glühen.

Dass der Haftungsausschluss für die Impfstoffhersteller in dem unter Verschluss gehaltenen Kaufvertrag mit der EU drinnen steht, erfuhr der neugierige Österreicher nur bei „Servus TV“. Und jeder – außer man ist GIS-finanzierter ORF-Mitarbeiter – weiß damit, was er von der Impfung zu halten hat: Alles, was die EU geheimzuhalten pflegt, riecht streng nach Bürgerrechte-Verarschung.

Gänsebraten, Spanferkel und Eierlikör

Zwischen Appetit und Ethik – Ansichten eines Vegetariers zu den kommenden Festtagen

„Die Größe und den moralischen Fortschritt einer Nation kann man daran messen, wie sie ihre Tiere behandelt.“

Das sind die Worte Mahatma Gandhis.

Und jetzt, das weiß ich, blättern einige schon um und lesen nicht weiter. Sie vermuten ein rührseliges Weihnachtsgeschichterl über einen Krambambuli oder einen entflogenen Kanari.

Na ja. Sie sollen wissen – und jetzt blättern noch einige weiter – dass ich ein Vegetarier bin. Der Grund dafür ist, dass Tiere meine Freunde sind. Und meine Freunde esse ich nicht. Ganz einfach.

Ich will aber niemandem ins Gewissen reden. Das Verhältnis vom Menschen zum Tier ist seltsam genug. Da liebt einer seinen Hund abgöttisch, kauft ihm Spielzeug und teure Nahrung, zieht ihn womöglich an, was oft genug recht komisch ausschaut, aber dann setzt er sich seelenruhig hin und verzwickt sein Kalbsschnitzel. Wobei er kaum überlegt, wie das Kalb um sein Leben gebracht worden ist. Möglichst „human“, also nach einem zwar kurzen, aber schönen Leben, schmerzlos, oder per Massenschlachtung, brutal, rücksichtslos, noch dazu nach einem absolut grauslichen Dasein. Vor allem aber, weil der Hundenarr nicht darüber nachdenkt, dass dieses Viecherl für ihn umgebracht wurde, für ihn und seinen Appetit. Der Digestif könnte dann noch ein Likör aus Batterie-Eiern sein.

Fische schreien nicht

Das Essen von Tieren wird in verschiedenen Religionen verschiedenartig behandelt. Dass Fische in der fleischlosen Fastenzeit gegessen werden dürfen, obwohl auch sie zwei Augen haben und Tiere sind, ist eine listige Erfindung der Pfaffen. Aber das Thema sei damit verlassen.

Denn nicht nur, dass wir Menschen uns erlauben, die Tiere zu essen, unser ganzes Verhalten Tieren gegenüber ist oft eine fragwürdige Angelegenheit.

Einer, der seinen Wellensittich allein im winzigen Käfig in die Sonne stellt, dürfte auch nicht eben als Musterbeispiel für einen zivilisierten oder gar kultivierten Menschen gelten. Ein Kutscher, der auf sein Pferd losprügelt, ist ihm ein kongenialer Partner.

Lebewesen

Der Tierfreund mit dem Goldfisch in der Glaskugel ist um nichts besser als der Betreiber einer Hühner-Legebatterie. Gänsestopfen und –rupfen ist ekelhafte Misshandlung. Veranstalter von Hahnenkämpfen, Vogelfänger, Teilnehmer an Gatterjagden, Wissenschaftler mit Tierversuchen, Besitzer von Schweineställen mit Spaltböden, Halter von Tanzbären – die Liste von Tierquälern kann unendlich lang fortgesetzt werden. Leute, die Tiere irgendwo aussetzen, weil man sie ihnen zu Weihnachten ungefragt geschenkt hat, sind genauso böse und dumm wie die Schenker.

Diese Zeilen sind geschrieben, weil genau diese Weihnachten vor der Tür stehen.

Es ist die Zeit der Gänsebraten. Ich sage dazu nur, dass ich mir wünsche, jeder möge bei seinen Kontakten mit Tieren ein bisserl nachdenken.

Herbert Pirker

Foto: commons.wikimedia.org/Stefan Kühn

oetmodisch

heit ged olles digital
und i find des genial
schreibsd an briaf aun vata mutta
mochd des eulich da computa
glei drauf kennan s des leichd lesn
d post waa des im schdaund nia gwesn
hosd wo schuedn aans zwa drei
zoesd de iwan büdschiam ei
griagsd a glog daun schreibd dia des
schnö s gerichd bea sms
und bisd graunk deust du dem schef
dises mid per pdf
s gaunze lem is digital
aans jedoch is sea fatal
unmodean is bis zum dog
schdeam no imma analog.

Herbert Pirker

Anzeige

Es weihnachtet bei Rubbellos

In den Winter Rubbellosen stecken Gewinne bis 100.000 Euro

Schon bald nach seiner Einführung vor mittlerweile mehr als 25 Jahren hat Rubbellos den Weg eingeschlagen, auf bestimmte Anlässe oder Jahreszeiten mit eigenen Spielen zu reagieren. Gerade der Winter mit dem Weihnachtsfest bietet dafür die beste Gelegenheit, und so haben Rubbellose im weihnachtlichen Gewand Tradition und verkürzen auch heuer wieder die Wartezeit auf das Christkind mit tollen Geldgeschenken. Mit dem Weihnachtslos „1 Jahr Weihnachten“ besteht die Chance auf ein „monatliches Christkind“, und der „Winterzauber“ soll die Schönheit der Jahreszeit trotz tiefer Temperaturen hochhalten.

1 Jahr Weihnachten
5.000 Euro monatlich – für die Dauer eines ganzen Jahres: Beim Rubbellos „1 Jahr Weihnachten“ gibt es diese „schöne Bescherung“ gleich für zwei Glückspilze. Und mit dem Bonusspiel wartet außerdem eine zweite Gewinnchance, die mit drei Weihnachtsmann- bzw. Geschenk-Symbolen 6 bzw. 3 Euro bringen kann. Der Lospreis beträgt 3 Euro.

Winterzauber
Besonders elegant durch die Vorweihnachtszeit kommt man auch heuer wieder mit dem Rubbellos „Winterzauber“. Edel, ganz in Rot und Gold gehalten, ist aber nicht nur das Outfit des Loses, sondern auch die Chance auf bis zu 100.000 Euro. Pro Los kann man hier sogar bis zu dreimal gewinnen. Diese Los ist um 5 Euro erhältlich.

www.fpoe.at
FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI
NEIN zum türkis-grünen Impfzwang
Jetzt unterschreiben: www.impfzwang.at
Kein direkter oder indirekter Corona-Impfzwang
Aufnahme der Corona-Impfung in das Impfschadengesetz
Keine Sanktionen für Menschen, die sich nicht impfen lassen
Volle Aufklärung über Risiken und Nebenwirkung der Impfung
Jeder Mensch hat das Grundrecht auf die körperliche Unversehrtheit.
Die Corona-Impfstoffe wurden im Eilverfahren zugelassen. Es gibt daher keine Langzeitstudien über Nebenwirkungen. Wer sich nicht impfen lässt, dem drohen Kürzungen von Sozialleistungen, Einschränkungen der Reisefreiheit und Zutrittsverbote bei Sport- und Kulturveranstaltungen.
Ing. Norbert Hofer
FPÖ-Bundesparteiobmann
NEIN ZUM FPÖ
WWW.IMPFZWANG.AT

FBi Freiheitliches Bildungsinstitut
Wir wünschen schöne und
besinnliche Weihnachten
und ein freudvolles
glückliches Neues Jahr 2021!
Das Team des
Freiheitlichen Bildungsinstituts
www.fbi-politikschule.at